



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
27. August 2004

Deutsch
Original: Englisch

Neunundfünfzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 56 der vorläufigen Tagesordnung*

Weiterverfolgung der Ergebnisse des Millenniums-Gipfels

Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen

Bericht des Generalsekretärs

I. Einleitung

1. Die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen¹, die die führenden Politiker der Welt im Jahr 2000 auf dem Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen verabschiedeten, brachte die Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft für das neue Jahrhundert zum Ausdruck. In der Erklärung wurde eine Welt heraufbeschworen, die, durch gemeinsame Wertvorstellungen geeint, mit neuer Entschlossenheit nach Frieden und einem menschenwürdigen Lebensstandard für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind strebt.

2. Wie ich in meinem Bericht vom Vorjahr (A/58/323) ausführte, wurde unser gemeinsames Zielbewusstsein durch die Terrorangriffe vom 11. September 2001 und ihre Folgen in seinen Grundfesten erschüttert. Insbesondere der Krieg in Irak jedoch führte zu einer tiefen Spaltung der internationalen Gemeinschaft und förderte die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Vereinten Nationen darüber zutage, wie wir unsere kollektive Sicherheit angesichts immer größerer Bedrohungen durch den Terrorismus und durch Massenvernichtungswaffen gewährleisten können. Diese Besorgnisse stellten andere Probleme – zum Beispiel HIV/Aids, extreme Armut und Umweltzerstörung – trotz der tiefgreifenden Auswirkungen, die sie tagtäglich auf das Leben von Hunderten Millionen Menschen haben, weit in den Schatten.

3. In den letzten 12 Monaten ist es uns bis zu einem gewissen Grad gelungen, unsere Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Es kommt nun darauf an, dass wir diesen Weg weiter gehen, denn nur eine geeinte internationale Gemeinschaft kann wirksam vorgehen, um die zahlreichen Hindernisse zu überwinden, die sich der Verwirklichung der Vision der Millenniums-Erklärung entgegenstellen. Eine Reihe von Entwicklungen, die seit meinem letzten Bericht stattgefunden haben, machen die Größenordnung der Probleme deutlich, die wir zu bewältigen haben.

4. Die Situation in Irak stellt sowohl das irakische Volk als auch die gesamte internationale Gemeinschaft weiter vor eine große Herausforderung. Das Ende der Besetzung und die offizielle Wiederherstellung der irakischen Souveränität am 28. Juni 2004 läuteten den Beginn einer neuen Phase im Übergangsprozess Iraks ein. Die irakische Interimsregierung hat jetzt die Gelegenheit, alle Iraker darin einzubeziehen, das Land im Geiste der nationalen Einheit und Aussöhnung zusammenzuführen, um die Grundlagen für ein neues Irak zu legen. Es gibt jedoch unter den Irakern viele im Wettstreit stehende Visionen, und das weiterhin bestehende Klima der Gewalt und der Unsicherheit droht, die Schaffung demokratischer Institutionen durch Wahlen und die Annahme einer neuen Verfassung zu untergraben.

5. Einer der erschütterndsten Aspekte der letzten 12 Monate ist die enorme Zahl von Zivilpersonen, die – nicht nur in Irak selbst, sondern auch in vielen weiteren Ländern – Terroranschlägen zum Opfer gefallen sind. Die gezielten schweren Anschläge auf Zivilpersonen in Istanbul, Madrid, Riad und Haifa und Moskau führen uns das Ausmaß und den Ernst der Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, in aller Schärfe vor Augen.

6. Ebenfalls im vergangenen Jahr erhob in der Region Darfur in Sudan das Schreckgespenst schwerer und systematischer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht wieder sein Haupt. Massive Menschenrechtsverletzungen, namentlich Vertreibungen, außergerichtliche Tötungen und geschlechtsspezifische sexuelle Gewalt, führten in Verbindung mit Mangelernährung und verhütbaren Krankheiten, verursacht durch den Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen, zum Tode von Zehntausenden und zur Vertreibung von weit über einer Million Menschen, sowohl im Innern des Landes als auch in die Nachbarländer. Wir dürfen nicht warten, bis sich unsere

schlimmsten Befürchtungen bestätigen, bevor wir uns mit dem gesamten Gewicht der internationalen Gemeinschaft für die sofortige und endgültige Beendigung dieser Greuelthaten einsetzen. Wenn wir hier nicht eingreifen, verlieren wir nicht nur Menschenleben, sondern auch jegliche Glaubwürdigkeit. Die Situation in Darfur rührt an die Quintessenz der in der Charta der Vereinten Nationen und der Millenniums -Erklärung verankerten Ideale.

7.

men sind ein kostbares Erbe unserer Vergangenheit und bilden das Fundament der internationalen Zusammenarbeit in der Gegenwart. Die feierliche Vereinbarung der grundlegendsten dieser Normen, darunter die Charta der Vereinten Nationen, erfolgte im Anschluss an Tragödien, die niemals wieder zugelassen werden dürfen.

13. Daher muss sich die internationale Gemeinschaft der Notwendigkeit der Achtung und Wahrung der weltweiten Herrschaft des Rechts auf allen Ebenen bewusst sein – angefangen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bis hin zur Steuerung des Welthandels und zum Schutz der Menschenrechte.

14. Neue Sicherheitsprobleme führen häufig dazu, dass etablierte Rechtsnormen unter Druck geraten. In solchen Zeiten ist es notwendiger denn je, die Herrschaft des Rechts zu wahren. Die Bekämpfung des Terrorismus muss auf eine Weise erfolgen, die diese Bemühungen stärkt und nicht schwächt. Jede Beschneidung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus erniedrigt uns alle und vermindert die Aussichten auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Geißel des Terrorismus. Die Gesetze des Krieges müssen eingehalten werden. Die Staaten haben die Pflicht, in den neuen und komplexen Umständen zeitgenössischer bewaffneter Konflikte das humanitäre Recht zu achten und seine Herrschaft des Rechts zu

am Amtssitz um 50 Prozent erhöht. Darüber hinaus wurde in der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) eine strategische Materialreserve gebildet, damit die in der Anlaufphase einer komplexen Mission erforderliche Ausrüstung rasch eingesetzt werden kann. Des Weiteren wurden finanzielle Maßnahmen in die Wege geleitet, um eine entsprechende Vorausplanung und -rekrutierung zu ermöglichen, damit die auf Grund der Überprüfung durch die Brahimi-Gruppe festgelegten Dislozierungsfristen von 30/90 Tagen eingehalten werden können. Infolgedessen leistet die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze den Feldmissionen stärkere Unterstützung, wie aus den Rückmeldungen dieser Missionen hervorgeht.

23. Der oben erwähnte Bedarfsanstieg übersteigt jedoch das, was zum Zeitpunkt der Einleitung der Reformen prognostiziert worden war, und somit auch die bislang geschaffenen Kapazitäten. Die Hauptabteilung hat vorläufige Maßnahmen zur Bewältigung der durch die starke Zunahme der Friedenssicherungsaufgaben aufgeworfenen Probleme ergriffen. Dennoch gibt es nach wie vor einige gravierende Lücken, die weitere Reformen erforderlich machen. Ich werde der Genera li-

30/90e30

gabe der Friedenssicherungsaufgaben in Burundi gestärkt. Das Personal der NATO und der Vereinten Nationen arbeitet weiter Seite an Seite im Rahmen der komplexen Friedensbemühungen im Kosovo und in Afghanistan. Somit besteht eine solide Grundlage, um diese Partnerschaften noch aktiver und operativer zu gestalten.

26.

duziert haben. Diese Entwicklungstendenzen werden sich in Verbindung mit der Globalisierung fortsetzen.

29. So wie rechtmäßige Wirtschaftsunternehmen gehen heutzutage auch organisierte kriminelle Gruppen mehreren Aktivitäten nach. Während der Drogenhandel nach wie vor einen Hauptschwerpunkt bildet, betreiben kriminelle Organisationen darüber hinaus Handel mit allem, was Profit bringt – von nuklearen Abfällen und Schusswaffen bis zu geschützten Arten, kulturellen Artefakten und, was am tragischsten ist, Menschen. Die Verknüpfung der Datennetze ermöglicht raffinierte Betrügereien, indem sie rasche Geschäfts- und Finanztransaktionen erleichtert, die keinen zeitlichen oder räumlichen Beschränkungen unterliegen. Ungeachtet dieser Diversifizierung der Aktivitäten und der helfenden Rolle neuer Technologien ist ein Wesensmerkmal organisierter krimineller i

pazitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und korrupter Praktiken verstärkt somit auch die Fähigkeit zur wirksamen Terrorismusbekämpfung.

35. Der zunehmend globale Charakter der organisierten Kriminalität erfordert eine weltweite, in erster Linie auf eine wirksamere internationale Zusammenarbeit gestützte Reaktion. Der von kriminellen Gruppen betriebene illegale Handel ist per definitionem grenzüberschreitend – in der Tat nutzen sie die Beschränkungen, die den Strafverfolgungsbehörden durch Grenzen auferlegt sind, zu ihrem Vorteil. Der Kampf gegen diese Phänomene muss daher ein länderübergreifendes, regionales und weltweites Unterfangen sein. Das Schlüsselinstrument zur Bekämpfung dieser antisozialen Verhaltensweisen ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität⁴, das im September 2003 in Kraft trat und mittlerweile von 82 Staaten ratifiziert wurde. Die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens trat erstmals im Juli 2004 in Wien zusammen und einigte sich auf einen Arbeitsplan zur Umsetzung des Übereinkommens. Seine drei Zusatzprotokolle sind ebenfalls von großer Bedeutung und richten sich gegen spezifische Ausprägungen der organisierten Kriminalität: das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels⁵, das Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg⁶ und das (noch nicht in Kraft befindliche) Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit⁷. Das Übereinkommen legt die Prozesse und Strukturen zur Einleitung und Aufrecht

außerhalb des Systems der Vereinten Nationen, aufbauend auf ihrem jeweiligen komparativen Vorteil und institutionellen Sachverstand. Eingedenk dessen sowie mit dem Ziel, im gesamten System der Vereinten Nationen ein umfassenderes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption in die Wege zu leiten, billigte der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen im April 2004 mehrere sofortige und mittelfristige Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung der organisierten Kriminalität in einer Reihe von Sektoren, in denen die Organisationen der Vereinten Nationen tätig sind. Unser Ziel ist eine engere Zusammenarbeit, um unsere Wirkungskraft zu erhöhen und der sich weiterentwickelnden Bedrohung durch die grenzüberschreitende Kriminalität und ihre Verbindungen zu Korruption und Terrorismus effektiver begegnen zu können (zu weiteren Einzelheiten siehe E/2004/67).

38. Wir ignorieren die Bedrohung durch die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität auf eigene Gefahr. In einer interdependenten Welt wird der Schaden, den ein Nachbar erleidet, letztendlich auch uns selbst treffen. Die grenzüberschreitende Kriminalität und ihre Auswirkungen achten keine Grenzen, gehen an keinem Gemeinwesen vorbei und lassen das Leben keines einzigen Bürgers unberührt. Ich lege allen Regierungen sowie in weiterreichendem Maße den Institutionen der Zivilgesellschaft eindringlich nahe, die Anstrengungen zu unterstützen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um dieser Herausforderung wirksam zu begegnen.

III. Entwicklung

Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

39. In nur vier Jahren haben die acht aus der Millenniums-Erklärung abgeleiteten Millenniums-Entwicklungsziele das Gesicht der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit verändert. Der breite globale Konsens über einen Katalog klarer, messbarer und termingebundener Entwicklungsziele hat ein beispielloses koordiniertes Vorgehen bewirkt, nicht nur innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Bretton-Woods-Institutionen, sondern auch innerhalb der Gebergemeinschaft im weiteren Sinne und am allerwichtigsten in den Entwicklungsländern selbst.

40. Es wird erwartet, dass die Verpflichtung der Regierungen, einzeln wie gemeinsam, auf die Millenniums-Entwicklungsziele und auf deren Einbindung in die nationalen und in-

gut vorangekommen, war jedoch bei der Bekämpfung der Armut weniger erfolgreich. Die dritte Gruppe, hauptsächlich die Länder Afrikas südlich der Sahara, aber auch am wenigsten entwickelte Länder anderer Regionen, ist bei den meisten Zielen noch weit von ausreichenden Fortschritten entfernt.

42. Während sich die Vereinten Nationen auf die fünfjährige Überprüfung der Millenniums-Erklärung vorbereiten, bedarf es einen großen Durchbruchs, wenn die für das Jahr 2015 angepeilten Ziele erreicht werden sollen. Die Entwicklungsländer müssen ihre in der Millenniums-Erklärung und dem Konsens von Monterrey der Internationalen Konferenz

Republik Tansania hat die Regierung mit Hilfe eines von den Vereinten Nationen unterstützten Überwachungssystems für die Millenniums-Entwicklungsziele ihre Armutsbekämpfungsstrategie verstärkt auf die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherung ausgerichtet, was unmittelbar zu einer Verdoppelung der diesjährigen Haushaltsmittel für die Landwirtschaft geführt hat. In Albanien erstellt die Regierung Berichte über die Millenniums-Entwicklungsziele, die in jeder Region eine Ausgangsbasis für künftige Entwicklungsstrategien schaffen. Thailand und Vietnam haben Ziele gesetzt, die über die globalen Millenniumsziele hinausgehen. Jemen, Kambodscha und Mosambik haben die Millenniumsziele ihren nationalen Prioritäten und Gegebenheiten angepasst. Brasilien hat

Millen

Ziel, breite Koalitionen zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele zu bilden. Außerdem finden die Millenniumsziele wachsende Unterstützung in den entwickelten Ländern, insbesondere in Europa; dort wird eine breite, von der Zivilgesellschaft getragene Koalition gebildet, die sich unter dem gemeinsamen Slogan "Armut muss Geschichte werden" insbesondere mit der bevorstehenden fünfjährigen Überprüfung der Millenniums-Erklärung befassen wird. Diese Kampagnen werden in allen Fällen von einzelstaatlichen und regionalen Akteuren gesteuert und getragen, wobei der Millenniums-Kampagne die Funktion eines Moobe2t sszu komm, di Tq6 Tw (le1a e 353na0 TD 0.171 Tc 0 Tw 27t4estorek, di Tq6 rigiTq

sich zwi

*Ziel 6**Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten*

59. Die Verwirklichung von Ziel 6, mit dem angestrebt wird, die Ausbreitung von HIV/Aids und anderen schweren Krankheiten, insbesondere Malaria und Tuberkulose, zum Stillstand zu bringen, erhielt mehr politische und finanzielle Unterstützung seitens der Geber, doch bleiben die jährlich bereitgestellten Mittel erheblich hinter dem geschätzten Bedarf von 12 Milliarden Dollar für 2005 und von 20 Milliarden Dollar für 2006 zurück. 2003 wurden insgesamt 4,7 Milliarden Dollar aufgewandt, verglichen mit 1,7 Milliarden Dollar im Jahr 2002. Dennoch sind die Verwirklichungsmaßnahmen und die einzelstaatlichen Zusagen nach wie vor unzureichend, und die Welt ist immer noch weit von einem Durchbruch entfernt. Wie der Welt-Aids-Bericht 2004 zeigt, gibt es keine Region, in der das HI-Virus nicht eine potenzielle ernste Gefahr für die Bevölkerung darstellen würde, und fast kein Land, in dem die Ausbreitung von HIV/Aids endgültig zum Stillstand gebracht worden wäre.

60. Die 2004 erstmalig verfügbaren Trendangaben über die Verbreitung von Aids und die damit verbundenen Todesfälle lassen erkennen, dass die Anzahl der mit HIV/Aids lebenden Menschen zwischen 2001 und 2003 von 35 auf 38 Millionen gestiegen ist, wobei es im Jahr 2003 mit schätzungsweise 4,8 Millionen mehr Neuinfektionen als in allen vorangegangenen Jahren gab. In den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara geht die Pandemie ungebrochen weiter, in Osteuropa erreicht sie inzwischen epidemische Ausmaße, und in Südasien beginnt sie sich rasch in der allgemeinen Bevölkerung auszubreiten. Erfolgreiche Gegenmaßnahmen und Präventionsprogramme bleiben nach wie vor weit hinter dem Bedarf zurück, und die schieren Ausmaße des Problems lösen einen verheerenden Dominoeffekt auf die allgemeineren Gesundheits-, Armut-, Bildungs- und Hungerindikatoren und sogar auf die Kapazitäten zur Staats- und Verwaltungsführung selbst aus.

61. Die Epidemie ist noch immer in Afrika, vor allem im südlichen Afrika, am schlimmsten, wo 2002/2003 in den Hauptstädten 24 bis 39 Prozent der 15- bis 24-jährigen Schwangeren mit dem Virus infiziert waren. Von schätzungsweise 2,9 Millionen aidsbedingten Todesfällen im Jahr 2003 entfielen 2,2 Millionen auf Afrika südlich der Sahara, wo nur schleppende Fortschritte erzielt wurden. Wo die erforderlichen Präventions-, Test- und Kontrollprogramme beschlossen wurden, beispielsweise in Uganda, wurden Fortschritte erzielt, und die Ausbreitung der Infektion, gemessen in zwei Ambulanzen für Schwangerebetreuung in Kampala, nahm ab.

62. Was einen weiteren Schlüsselbereich betrifft, so gibt es keine Anzeichen für einen Rückgang der Malaria. Auch hier ist Afrika südlich der Sahara die am stärksten betroffene Region. Auch die Infektionsraten mit Tuberkulose steigen in dieser Region an, und in den meisten anderen Regionen konnten sie nur geringfügig gesenkt werden.

63. Ausbrüche neuer und erneut auftretender Krankheiten bedeuten ebenfalls eine weltweite Gesundheitsbedrohung, die schwerwiegende Folgen für alle Millenniums-Entwicklungsziele nach sich ziehen könnte. Um solchen Bedrohungen zu begegnen, arbeiten die WHO und andere Partner aus dem System der Vereinten Nationen mit Regierungen zusammen, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, um den Bereitschaftsgrad der innerstaatlichen Gesundheitssysteme durch Kapazitätsaufbau, Informationsaustausch und andere Maßnahmen, darunter auch den Aufbau von Labor- und epidemiologischen Kapazitäten, zu verbessern. Auf globaler Ebene führen neue Initiativen wie etwa das Globale Netz für Seuchenwarnung und -bekämpfung über 120 Partner zusammen, die rasch hochwertige technische Unterstützung gewähren. Es wurde deutlich, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO, die den weltweiten ordnungspolitischen

Rahmen für Fragen der globalen Gesundheitssicherung und der Seuchenwarnung und
-bekämpfung bil

Aufbau einer starken weltweiten Partnerschaft

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

67. Eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist das Ziel 8, in dem die entwickelten Länder zugesagt haben, ihre früher eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die von den Entwicklungsländern nach Treu und Glauben unternommenen Anstrengungen zur Verwirklichung der ersten sieben Ziele zu unterstützen, indem sie Handelsschranken abbauen, die Schuldenerleichterung ausweiten und die Entwicklungshilfe verstärken. Es hat gewisse Fortschritte gegeben, vor allem bei den Entwicklungshilfeleistungen, aber der Umfang der gewährten Unterstützung bleibt nach wie vor weit hinter dem Bedarf zurück.

68. Im Bereich des Handels führte das Scheitern der Verhandlungen auf der Ministertagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Cancún (Mexiko) über die Doha-Runde der Handelsverhandlungen, die zum ersten Mal die Bedürfnisse und Interessen der armen Länder in den Mittelpunkt der Handelsagenda stellte, zu einem zehnmonatigen Stillstand und damit zu einem gravierenden Rückschlag in den Bemühungen, faire Voraussetzungen zu schaffen, in deren Rahmen die Entwicklungsländer ihre Wettbewerbsvorteile, vor allem in Bereichen wie Landwirtschaft und Textilien, nutzen können. Nach der am 31. Juli erfolgten Einigung der 147 Mitgliedsregierungen der WTO auf einen neuen Rahmen haben sich die Aussichten für die Doha-Runde erheblich verbessert. Insbesondere kamen die WTO-Mitgliedsregierungen zum ersten Mal überein, alle Formen von Ausfuhrsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis zu einem bestimmten Datum abzuschaffen und eine handelsverzerrende inländische Agrarförderung abzubauen. Schätzungen der Weltbank zufolge würde ein Abbau der Handelsschranken und Agrarsubventionen der entwickelten Länder den globalen Wohlstand um etwa 120 Milliarden Dollar mehrden. Es gilt nun, den neuen Rahmen in ein festes Übereinkommen umzuwandeln, das dieses große Versprechen an die Entwicklungsländer einlöst.

69. Jüngste Initiativen zur Verbesserung des Marktzugangs, wie etwa die Initiative der Europäischen Union "Alles außer Waffen" sowie das Gesetz der Vereinigten Staaten betreffend Wachstum und Chancenförderung in Afrika, stellen ebenfalls einen gewissen Fortschritt dar. So haben insbesondere die Ausfuhren von Bekleidung aus einigen afrikanischen Ländern in die Vereinigten Staaten enorm zugenommen, doch insgesamt gesehen fallen diese Entwicklungen noch nicht wirklich ins Gewicht.

70. Der langfristige Abwärtstrend und die hohen Preisschwankungen bei nicht-energetischen Rohstoffen stellen die Ausfuhrländer weiterhin vor große Herausforderungen. Die internationale Gemeinschaft sollte sich verstärkt darum bemühen, diese Probleme durch die Verbesserung bestehender Mechanismen und die Prüfung neuer Konzepte zu beheben.

71. Bei der Schuldenerleichterung hatten von den 37 am wenigsten entwickelten Ländern, die im Rahmen des Schuldenerleichterungsprogramms für hochverschuldete arme Länder als zugangsberechtigt eingestuft sind, im AprilID 0.0948 Tj 2.25 Tj 18-entwic6471.

keit nicht gewährleistet. Wenn Länder nachweislich Einsparungen aus der Schuldenerleichterung genutzt haben, um Investitionen in Schwerpunktbereiche der Millenniums-Entwicklungsziele, beispielsweise Gesundheit oder Bildung, zu tätigen, sollte die Schuldenerleichterung beschleunigt werden. Darüber hinaus spricht vieles dafür, die Zugangsberechtigung zu dem Programm für hochverschuldete arme Länder auf einige größere Länder mit mittlerem Einkommen auszudehnen, die vor einer akuten Schuldenkrise stehen.

72. Bei der Entwicklungshilfe zeichnet sich ein sowohl in qualitativer als auch in quant

Höhe von mindestens 50 Milliarden Dollar pro Jahr benötigen, um die Millenniums-Entwicklungs

tischen Republik Kongo bedroht die Gewalt die prekären Fortschritte im Friedensprozess. Die Missionen der Vereinten Nationen in Burundi, Côte d'Ivoire und Liberia helfen mit, diese Länder zu stabilisieren, aber die anhaltende Unsicherheit und die gehäufte Wirkung jahrelanger Unruhen haben dazu geführt, dass es der Bevölkerung in vielen Gebieten an Grundversorgungseinrichtungen fehlt. Humanitäre Notsituationen im nördlichen Uganda und in der Zentralafrikanischen Republik und seit langem schwelende Konflikte in dem besetzten palästinensischen Gebiet und in Kolumbien gefährden den Lebensunterhalt der Zivilbevölkerung und untergraben die so wichtigen Stabilisierungsbemühungen.

86. In Kriegsgebieten kommt es nicht nur zum Verlust von Menschenleben und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen, sondern die lang anhaltenden Gewalttätigkeiten verändern auch auf einschneidende Weise die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, was unmittelbare wie auch längerfristige Auswirkungen nach sich zieht. Während manche zweifellos vom Krieg profitieren und ein höchst eigennütziges Interesse an seiner Fortführung haben, sind es in der Regel die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft – Zivilpersonen, Frauen, Kinder, ältere Menschen, Behinderte, Vertriebene und Flüchtlinge – die am meisten leiden und auf die Unterstützung humanitärer und anderer Akteure angewiesen sind, um zu überleben. So haben beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo Gesetzlosigkeit, der Zusammenbruch staatlicher Dienste und die Flucht der zur Aufrechterhaltung dieser Dienste benötigten Fachkräfte zu dem fast völligen Zusammenbruch der Gesundheits- und Bildungssysteme in den von dem Konflikt betroffenen Gebieten geführt.

87. Grundsätzlich gelten die Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen, des Roten Kreuzes und der nichtstaatlichen Organisationen vorwiegend denjenigen, die am stärksten gefährdet sind. Es ist jedoch mindestens genauso wichtig, den betroffenen Gemeinschaften als Ganzes zu helfen, die Schocks und die Belastungen zu überwinden, die ihre Bewältigungsmechanismen beeinträchtigen. Auf diese Weise kann ihre Fähigkeit wiederhergestellt werden, sich für Veränderungen einzusetzen, und sie können die Krise hinter sich lassen und auf den Weg der Entwicklung zurückkehren.

88. Mehr Unterstützung und Schutz für die Binnenvertriebenen und die Sicherstellung einer stärker zielgerichteten Planung und Finanzierung der auf eine Krise folgenden Übergangszeit sind einige der Möglichkeiten, wie die internationale Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu beitragen können, Gesellschaften zu stabilisieren und das Umfeld zu schaffen, in dem eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann. In dieser Hinsicht waren im vergangenen Jahr einige Fortschritte zu verzeichnen. So gelang es den Vereinten Nationen und der Regierung Liberias beispielsweise, eine Übergangsstrategie und einen Durchführungsmechanismus auszuarbeiten, die dazu beitragen sollen, das Land mit Nachdruck auf Entwicklungskurs zu bringen. Nach 10 Jahren des Konflikts in Sierra Leone führte eine nationale Normalisierungsstrategie zu einem Übergangsanspruch zur Finanzierung der Wiedereingliederung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, zum Aufbau nationaler Strafverfolgungsinstitutionen und zur Überwindung der wirtschaftlichen Disparität durch die Schaffung von Arbeitsplätzen.

89. Diese Initiativen sind jedoch lediglich erste Schritte, und es bleibt noch viel zu tun. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Instrumente für die Übergangsplanung und die Einwerbung von Mitteln harmonisieren, die Bedarfsermittlung kohärenter gestalten und lokale Institutionen schaffen, sodass nationale Akteure von Anfang an in den Übergangsprozess in ihrem Land einbezogen werden können. Die Mitgliedstaaten sollten darauf hinarbeiten, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Politiken zu stärken, die den Bedürfnissen der Binnenvertriebenen Rechnung tragen und ihre Rechte schützen, unter Berücksichtigung der Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen²¹.

90. Die Fähigkeit, die Gefährdung langfristig zu überwinden, hängt unmittelbar mit dem Zugang zu humanitärer Hilfe und humanitärem Schutz zusammen. Wie in den jüngsten Berichten an den Sicherheitsrat über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten dargelegt wurde, gehören zu den nur allzu vertrauten Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts auch die Bemühungen, Millionen von Menschen den Zugang zu humanitärer Hilfe zu erschweren oder zu verwehren. Schätzungen zufolge wird mehr als 10 Millionen Menschen in rund 20 Ländern mit komplexen Notsituationen der Zugang zur Unterstützung durch humanitäre Organisationen verwehrt.

91. Dieser Zugang kann sowohl durch physische als auch durch politische Faktoren behindert werden. In der Demokratischen Republik Kongo, in Liberia und in Angola haben Kriegszwänge, Unterentwicklung und die geringe Kapazität der staatlichen Institutionen zum Zusammenbruch der physischen Infrastruktur geführt, sodass Millionen Menschen für die humanitären Organisationen unerreichbar sind. In dem besetzten palästinensischen Gebiet bildet die dort errichtete Trennmauer jetzt das größte physische Hindernis für den Zugang humanitärer Organisationen und hat den Lebensunterhalt der palästinensischen Bevölkerung sowie ihren Zugang zu lebenswichtigen Diensten schwer beeinträchtigt.

92. In manchen Ländern dienen politische, verfahrenstechnische und administrative Hindernisse nach wie vor als Mittel zur Beschränkung des humanitären Zugangs. Ein solcher Fall ist Sudan, wo umständliche Reisegenehmigungs- und Zollabfertigungsverfahren die frühzeitigen Bemühungen behinderten, Zugang zu den Vertriebenen in Darfur zu erhalten.

93. Der Zugang humanitärer Helfer und die Auslieferung von Hilfsgütern werden auch durch fehlende Sicherheit stark behindert. Es gab viele Fälle, in denen betroffene Bevölkerungsgruppen vor der Zwickmühle standen, entweder auf die seit Monaten erwartete Nahrungsmittelhilfe zu verzichten oder diese Hilfe zu beanspruchen und dabei mörderischen Angriffen durch kämpfende Parteien ausgesetzt zu sein. Gezielte Angriffe auf Zivilpersonen, die Rekrutierung und der Einsatz von Kindersoldaten und der unterschiedslose Einsatz von Landminen haben die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung in Konfliktzonen ebenfalls beeinträchtigt.

94. Den Zugang zu gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu erlangen und aufrechtzuerhalten, ist für die humanitäre Hilfe und den humanitären Schutz unabdingbar und wird schließlich ein der Entwicklung förderliches Umfeld schaffen. Die Verweigerung des Zugangs beraubt Zivilpersonen ihres Rechts auf Menschenwürde, für das auch die Millenniums-Erklärung eintritt. Ich fordere daher alle Staaten, die es betrifft, auf, mit den Vereinten Nationen und anderen humanitären Einrichtungen und Organisationen voll zusammenzuarbeiten, um den sicheren und ungehinderten Zugang von humanitären Helfern, Lieferungen und Ausrüstungen zu gewährleisten, sodass Hilfe dort, wo sie benötigt wird, rechtzeitig gewährt werden kann.

95. HIV/Aids bleibt ein kritischer Faktor, der die Anf

Aus

sondern auch dadurch, dass die Vereinten Nationen selbst zunehmend zur Zielscheibe werden.

101. Zwar wird mit der Arbeit in einigen der Gebiete, in denen die Vereinten Nationen mit der Durchführung ihrer Mission beauftragt sind, immer ein Risiko verbunden sein, doch müssen wir neue Wege zur Sicherung unserer Einsätze finden. Die Vereinten Nationen haben mit der Einführung verschiedener Maßnahmen begonnen, um die Sicherheits- und Schutzvorkehrungen für ihre Mitarbeiter zu verbessern. Angesichts der neuen Bedrohungen, denen Einrichtungen der Vereinten Nationen ausgesetzt sind, wurden in den Gebieten mit erhöhtem Risiko zusätzliche Maßnahmen zur Minderung dieses Risikos eingeführt. Dazu gehören die Festlegung klarerer Richtlinien für die Art und Weise, wie die Mitarbeiter der Vereinten Nationen mit der örtlichen Bevölkerung in Kontakt treten und interagieren, der verstärkte Einsatz einheimischen Personals für laufende Projekte, mit Unterstützung und Anleitung von außerhalb des betreffenden Landes, sowie der größtmög

106. Die Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, die ich mit dem Auftrag eingesetzt habe, die vor uns liegenden Herausforderungen neu zu bewerten und die notwendigen Veränderungen zu empfehlen, um diesen Herausforderungen durch gemeinschaftliches Handeln wirksam zu begegnen, wird im Dezember 2004 ihren Bericht vorlegen. Dieser Bericht wird eine wichtige Grundlage für die ernsthafte Erörterung der möglicherweise notwendigen Veränderungen bilden.

107. Gleichzeitig müssen wir uns auf die außerordentlich wichtige Veranstaltung auf hoher Ebene vorbereiten, die in Jahresfrist stattfinden wird. Seit der Verkündung der Millenniums-Erklärung vor vier Jahren hat sich viel verändert. Noch mehr wird sich verändert haben, wenn die Führer der Welt erneut zusammentreffen, um die Fortschritte zu überprüfen und den künftigen Kurs zu bestimmen.

108. In Vorbereitung auf das sechzigjährige Bestehen der Vereinten Nationen im Jahr 2005 könnte es keine passendere Anerkennung ihrer zahlreichen Errungenschaften und ihres Zukunftspotenzials geben als praktische Fortschritte bei der Verwirklichung der Vision der Millenniums-Erklärung. Wenn alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sich ernsthaft Gedanken machen und ihre Verpflichtung auf die Erklärung im Laufe des kommenden Jahres in konkreter Weise erneuern, wird dies die Grundlage dafür schaffen, dass die Völker der Welt im Jahr 2015 nicht nur das Zieljahr der Erklärung, sondern auch die greifbaren Errungenschaften feiern werden, auf die die Vereinten Nationen nach dann sieben Jahrzehnten ihres Bestehens zurückblicken können.

Anmerkungen

¹ Resolution 55/2 der Generalversammlung.

² *Eine faire Globalisierung: Chancen für alle schaffen* (Genf, Internationale Arbeitsorganisation, 2004).

³ Resolution 55/2 der Generalversammlung, Ziffer 8.

⁴ Resolution 55/25 der Generalversammlung, Anlag6D 0.n.j 211.56 TD 0 Tc -0.1875 Tw () Tj -210 -5 Tf TD /F0 6.75 T

Anhang

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren, 2004*

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Ind

Zielvorgabe 2**Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden***Indikator 4**Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren*

a) Insgesamt

	Untergewichtige Kinder unter fünf Jahren (in Prozent)	
	1990	2002
Nordafrika	10	9
Afrika südlich der Sahara	32	31
Lateinamerika und Karibik	11	8
Ostasien	19	10
Südasien	53	47
Südostasien	38	29
Westasien	11	10
Ozeanische Länder

b) Nach Geschlecht

	Untergewichtige Kinder unter fünf Jahren (in Prozent, 2002)		
	Jungen	Mädchen	Jungen/Mädchen
Nordafrika	9	9	1,00
Afrika südlich der Sahara	30	29	1,03
Lateinamerika und Karibik	8	7	1,14
Ostasien	10	11	0,91
Südasien	43	46	0,93
Südostasien	30	29	1,03
Westasien	17	16	1,06
Ozeanische Länder

Indikator 5

Anteil der Bevölkerung, bei dem die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt

	Anteil der Unterernährten an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)		
	1990-1992	1999-2001	
Nordafrika	5	4	4

b) Grundschulabschlussrate

	Prozentualer Anteil der Schüler im letzten Grundschuljahr ^a					
	1998/99			2001/02		
	Gesamt	Jungen	Mädchen	Gesamt	Jungen	Mädchen
Nordafrika	83,9	87,3	80,3	85,6	88,2	82,8
Afrika südlich der Sahara	49,4	54,4	44,3	52,9	57,0	48,6
Lateinamerika und Karibik	89,0	86,6	91,5	98,1	97,2	99,0
Ostasien	107,1	106,7	107,6	102,2	102,1	102,2
Südasien	66,3	73,2	58,9	73,1	79,2	66,6
Südostasien	88,4	89,3	87,5	92,7	92,8	92,6
Westasien	77,2	82,9	71,1	76,1	80,9	71,1
Ozeanische Länder	64,0	65,0	62,9	63,3	64,6	61,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	96,1	96,5	95,6	97,6	98,1	96,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	79,4	81,4	77,3	78,8	78,8	78,7

^a Die Grundschulabschlussrate errechnet sich aus der Brutto-Aufnahmerate in das letzte Grundschuljahr: "Gesamtzahl der Neuaufnahmen in das letzte Grundschuljahr, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in das letzte Schuljahr"; siehe UNESCO-Institut für Statistik, *Global Education Digest 2004: Comparing Education Statistics Across the World*.

Indikator 8

Alphabetenquote bei den 15- bis 24-Jährigen

	Alphabetenquote, 1990 und 2000-2004					
	(in Prozent)					
	Gesamt	1990		Gesamt	2000/04 ^a	
Männer		Frauen	Männer		Frauen	
Nordafrika	66	66	75	42	145	

Ziel 3**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau****Zielvorgabe 4**

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 9

Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarschulstufe und im tertiären Bildungsbereich

a) Grundschulstufe

	Verhältnis der Bruttoeinschulungsrate von Mädchen zur Bruttoeinschulungsrate von Jungen		
	1990/91	1998/99	2001/02
Nordafrika	0,82	0,90	0,93
Afrika südlich der Sahara	0,83	0,84	0,86
Lateinamerika und Karibik	0,98	0,98	0,98
Ostasien	0,93	1,01	0,99
Südasien	0,76	0,83	0,84
Südostasien	0,96	0,96	0,97
Westasien	0,83	0,87	0,89
Ozeanische Länder	0,90	0,95	0,93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien , 99 ,83 99			

Indikator 12

Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten

	Von Frauen besetzte Parlamentssitze (nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser) ^a (in Prozent)		
	1990	1997	2004
Nordafrika	2,6		

Indikator 14
Säuglingssterblichkeitsrate

	Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten	
	1990	2002
Nordafrika	66	34
Afrika südlich der Sahara	109	104
Lateinamerika und Karibik	43	28
Ostasien	37	30
Südasiens	87	67
Südostasien	54	36
Westasien	53	49
Ozeanische Länder	63	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	34	35
Entwickelte Regionen	10	6

Indikator 15
Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden

	Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben (in Prozent)	
	1990	2003 ^a
Nordafrika	85	93
Afrika südlich der Sahara	57	61
Lateinamerika und Karibik	77	93
Ostasien	98	85
Südasiens	58	69
Südostasien	72	79
Westasien	80	84
Ozeanische Länder	70	57
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	..	97
Entwickelte Regionen	82	92

^a Nicht voll mit der vorherigen Spalte vergleichbar, da einige der Länderzahlen für 1990 geändert werden müssen; Reihe für 1990 wird neu erstellt.

Ziel 5**Verbesserung der Gesundheit von Müttern****Zielvorgabe 6****Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken***Indikator 16**Müttersterblichkeitsrate^a*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

	Todesfälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten
	2000
Nordafrika	130
Afrika südlich der Sahara	920
Lateinamerika und Karibik	190
Ostasien	55
Südliches Zentralasien	520
Südostasien	210
Westasien	190
Ozeanische Länder	240
Entwickelte Regionen	20

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

*Indikator 17**Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten^a*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

(in Prozent der Geburten)

Ziel 6**Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten****Zielvorgabe 7****Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren***Indikator 18**HIV/Aids-Prävalenz, beide Geschlechter*

	Prozentsatz der 15-49-Jährigen, die mit HIV/Aids leben					
	2001			2003		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Nordafrika	<0,1	<0,1
Afrika südlich der Sahara	7,3	6,3	8,3	7,2	6,2	8,3
Lateinamerika und Karibik	0,6	0,8	0,5	0,7	0,9	0,5
Ostasien	<0,1	0,1	<0,1	0,1	0,2	<0,1
Südasien	0,5	0,6	0,4	0,7	0,8	0,5
Südostasien	0,5	0,6	0,3	0,5	0,7	0,3
Westasien	<0,1	<0,1
Ozeanische Länder	0,4	0,5	0,2	0,5	0,7	0,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,1	<0,1	<0,1	0,1	0,1	<0,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,8	1,0	0,5	1,1	1,5	0,8
Entwickelte Regionen	0,4	0,6	0,2	0,5	0,6	0,3

*Indikator 19**Prozentualer Anteil der Kondombenutzung innerhalb der kontrazeptiven Prävalenzrate*

Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

a) Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr

	Prozentsatz der 15-24-Jährigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a			
	1998-2002			
	Frauen 15-24		Männer 15-24	
Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a	
Afrika südlich der Sahara	20	23	19	41
Lateinamerika und Karibik	4	24	1	30
Südasien (Indien)	1	51	1	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2	27	2	61

^a Prozentsatz der 15-24-jährigen Frauen und Männer, die beim Geschlechtsverkehr mit einem nicht-regelmäßigen Sexualpartner innerhalb der letzten 12 Monate die Verwendung eines Kondoms berichten, unter denjenigen, die in den letzten 12 Monaten einen solchen Partner hatten.

b) Prozentsatz der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids

	Prozentsatz der Bevölkerung mit umfassendem Wissen ^a (1998-2002)			
	Frauen 15-24		Männer 15-24	
	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen ^a	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen ^a
Afrika südlich der Sahara	28	20	10	30
Lateinamerika und Karibik	6	28	1	24
Ostasien (Mongolei)	1	32	0	..
Südostasien	3	13	0	..
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	4	5	1	8
Entwickelte Regionen				

Zielvorgabe 8

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 21

Malariaprävalenz und Malariasterblichkeit

b) Todesfälle

Zahl der Todesfälle pro 100.000 Menschen (HIV-Infizierte nicht eingeschlossen)		
2000	2001	2002

Indikator 26

Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt geschützte Flächen^a

	Verhältnis von Schutzgebieten zur Gesamtfläche (Land und Meer)			
	1990	1995	2000	2004
Nordafrika	3,8	3,8	4,1	4,5
Afrika südlich der Sahara	9,4	9,8	10,0	10,1
Lateinamerika und Karibik	12,6	15,3	16,8	17,3
Ostasien	7,8	8,9	10,8	11,8
Südliches Zentralasien	4,5	5,1	5,3	5,5
Südostasien	5,3	6,5	7,6	7,8
Westasien	4,1	17,8	17,9	18,0
Ozeanische Länder	3,5	6,1	7,0	7,1
Entwickelte Regionen	8,7	9,7	11,4	11,7

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

Indikator 27

Energieverbrauch pro \$1 BIP (Kaufkraftparität (KKP))

	Verbrauch von Erdöleinheiten pro \$1.000 BIP (KKP) (in kg)	
	1990	2001
Lateinamerika und Karibik	187	177
Nordafrika	202	196
Afrika südlich der Sahara	400	406
Ostasien	294	216
Südostasien	326	256
Südostasien	223	237
Westasien	268	327
Ozeanische Länder
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	613	644
Transformationsländer in Europa ^a	527	484
Hocheinkommensländer ^b	233	214

^a Einschließlich von der Weltbank als Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen eingestufte Transformationsländer in Europa.

^b Entsprechend der Definition der Weltbank.

Indikator 28

Kohlendioxidemissionen und Verbrauch von ozonabbauenden Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKWs)

a) Kohlendioxidemissionen: Gesamt und pro Kopf

	Millionen Tonnen CO ₂			Emissionen pro Kopf (in Tonnen)		
	1990	1995	2000	1990	1995	2000
<i>Fossile Brennstoff- quellen^a</i>						
Welt ^b	22,460	23,468	24,238	4,25	4,14	4,00
Entwickelte Regionen ^c	14,521	13,097	13,402	12,06	11,21	11,27
Entwicklungsregionen	6,749	9,163	9,597	1,68	2,07	2,01
	1990 ^d		2001 ^d	1990 ^d		2001 ^d
<i>Alle Aktivitätsquellen^e</i>						
Anlage-I-Länder ^f	14,526		14,050	13,0		12,1

^a Gesamte CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen (ausgedrückt in Millionen Tonnen CO₂); dies umfasst CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, der Zementherstellung und der Gasabpackelung (United States

Zielvorgabe 10

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und grundlegender Abwasserentsorgung haben

Indikator 30

Anteil der Menschen mit dauerhaftem Zugang zu einer besseren Wasserquelle (städtische und ländliche Gebiete)

	Prozent der Bevölkerung					
	1990			2002		
	Gesamt	Stadt	Land	Gesamt	Stadt	Land
Nordafrika	88	95	82	90	96	84
Afrika südlich der Sahara	49	82	36	58	82	45
Lateinamerika und Karibik	83	93	58	89	95	69
Ostasien	72	99	60	78	93	68
Südasien	71	90	64	84	94	80
Südostasien	73	91	65	79	91	70
Westasien	83	94	65	88	95	74
Ozeanische Länder	51	92	39	52	91	40
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	92	97	83	93	99	82
Entwickelte Regionen						

Zielvorgabe 11

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Indikator 32

Anteil der Haushalte mit Zugang zu sicheren Nutzungs- und Besitzrechten

	Slumbewohner (in Millionen)		In Slums lebende Stadtbewohner (in Prozent)	
	1990	2001	1990	2001
	Afrika südlich der Sahara	101,0	166,2	71,9

Öffentliche Entwicklungshilfe

Indikator 33

Öffentliche Entwicklungshilfe, netto (insgesamt und für die am wenigsten entwickelten Länder)

a) Jährliche Zahlungen insgesamt (in Milliarden USD)

	1990	2001	2002	2003
Alle Entwicklungsländer	54,3	52,4	58,3	68,5
Am wenigsten entwickelte Länder	15,2	12,0	15,1	..

b) Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) der OECD/DAC-Geberländer (Prozent)

	1990	2001	2002	2003
Alle Entwicklungsländer	0,33	0,22	0,23	0,25
Am wenigsten entwickelte Länder	0,09	0,05	0,06	..

Indikator 34

Anteil der bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, hygienisch einwandfreies Wasser und Abwasserentsorgung)

	Bilaterale sektoral zuordenbare Zahlungen (in Prozent)			
	1995-1996	1997-1998	1999-2000	2001-2002
Alle OECD/DAC-Länder	j 19.5 0	TD -0.2467	Tc (-) Tj 3.75 ng,	primäre Gesu7u7u7s1998

Marktzugang

Indikator 38

Anteil der zollfreien Einfuhren aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder (nach Importwert, ohne Rüstungsgüter)

	Prozent der zollfreien Gesamteinfuhren der entwickelten Länder			
	1996	€000	2001	2002
a) ohne Rüstungsgüter Entwicklungsländer				

Schuldenragfähigkeit

Indikator 42

Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben

	Zahl der Länder	
	2000	2004 ^a
Abschlusspunkt erreicht	1	14
Entscheidungspunkt erreicht, Abschlusspunkt noch nicht erreicht	21	13
Entscheidungspunkt noch zu beraten	16	11
In Betracht kommende Länder, insgesamt	38	38

^a Stand Juli 2004.

Indikator 43

Im Rahmen der HIPC-Initiative zugesagte Schuldenerleichterungen

	(in Milliarden USD (kumulativ))	
	2000	2004 ^a
Für Länder, die den Entscheidungs- oder Abschlusspunkt erreicht haben	34	52

^a Stand März 2004.

Indikator 44

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)

	Verhältnis Schuldendienst und Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)	
	1990	2002
Alle Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen ^a	19	18
Hoch verschuldete arme Länder	20	9

^a Entsprechend der Definition der Weltbank.

Zielvorgabe 16

In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Indikator 45

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren

a) Arbeitslosenquote bei den 15-24-Jährigen

	1993			2003		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Nordafrika	30,7	39,7	27,1	29,4	39,1	25,5
Afrika südlich der Sahara	21,9	19,5	23,7	21,1	18,6	23,0
Lateinamerika und Karibik	12,4	15,5	10,7	16,6	20,8	14,0
Ostasien	4,8	4,1	5,5	7,0	5,8	8,1
Südasien	13,3	14,6	12,7	14,6	17,1	13,5
Südostasien	8,8	9,3	8,4	16,5	17,7	15,6
Westasien	19,0	19,6	18,7	20,8	22,5	20,1
Ozeanische L90eg						

b) Verhältnis der Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zur Arbeitslosenquote bei Erwachsenen, 1993-2003

	1993	2000	2003
Nordafrika	3,2	2,9	3,0
Afrika südlich der Sahara	3,6	3,5	3,5
Lateinamerika und Karibik	2,8	2,7	3,1
Ostasien	3,1	3,0	2,9
Südasien	5,6	5,8	5,8
Südostasien	3,9	5,0	4,8
Westasien	3,4	3,3	3,0
Ozeanische Länder	3,1	3,3	3,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3,1	2,4	2,5
Entwickelte Regionen	2,4	2,4	2,3

c) Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosenbevölkerung, 1993-2003

	1993	2000	2003
Nordafrika	51,5	48,8	46,8
Afrika südlich der Sahara	62,0	62,3	62,8
Lateinamerika und Karibik	49,7	44,8	48,6
Ostasien	52,6	41,6	41,0
Südasien	64,3	64,0	62,1
Südostasien	58,2	55,4	58,2
Westasien	55,9	52,3	48,3
Ozeanische Länder	59,2	56,5	55,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	38,1	28,0	29,6
Entwickelte Regionen	30,1	27,6	26,2

Zielvorgabe 17

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Indikator 46

Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

Zielvorgabe 18

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Indikator 47

Festnetzanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer

	Zahl der Festnetzanschlüsse und der Mobilfunkteilnehmer je 100 Personen	
	1990	2002
Nordafrika	2,9	17,0
Afrika südlich der Sahara	1,0- und KoTc 0 Tw (-) Tj 3 0 TD 0.073 Tc 0.114	

b) Internetnutzer

	Zahl der Internetnutzer je 100 Personen	
	1990	2002
Nordafrika	0,0	2,6
Afrika südlich der Sahara	0,0	1,0
Lateinamerika und Karibik	0,0	8,2
Ostasien	0,0	7,0
Südasien	0,0	1,5
Südostasien	0,0	4,6
Westasien	0,0	6,3
Ozeanische Länder	0,0	3,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,0	3,1
Südosteuropäische Transformationsländer	0,0	7,5
Entwickelte Regionen	0,3	42,9

* * *

Quellen

Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen für die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele und die Datenbank der Vereinten Nationen für die Millenniums-Indikatoren (<http://millenniumindicators.un.org>); die Berichte und die Zusammensetzung der Sachverständigengruppe können auf der Internetseite der Datenbank für die Millenniums-Indikatoren unter "Key documents and sources" (http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_links.asp) abgerufen werden.

Anmerkungen

Zwei Punkte (..) weisen darauf hin, dass keine Daten vorliegen oder dass die Daten nicht gesondert gemeldet werden.

Sofern nichts anderes angegeben ist, handelt es sich bei den Regionalgruppen um die geographischen Regionen der Vereinten Nationen, mit einigen Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2004 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann unter http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium.asp abgerufen werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umfasst Belarus, die Republik Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine in Europa sowie Armenien, Aserbaidshjan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Asien.

Viele der Indikatoren werden nur für die Entwicklungsregionen dargestellt. Soweit angegeben – meist zu Vergleichszwecken –, umfasst "entwickelte Regionen" Europa (mit Ausnahme der GUS-